

Kolter macht Eishalle zur Chefsache – Fröhlich (CDU) zollt FLU-Chef Göldner öffentlich Lob

Von
Redaktion

6. Juni 2019



Die führenden Eishallen-BI-

Vertreter nach der Hauptausschusssitzung vor dem Ratssaal: verhaltener Optimismus mischt sich (noch) mit Skepsis. (Foto Rundblick)

Die Eishalle wird zur Chefsache des Bürgermeisters. Und es gab ein seltenes Lob aus dem Mund des CDU-Fraktionsvorsitzenden an seinen Intimus von der FLU.

Im Haupt- und Finanzausschuss am Donnerstagabend (6. Juni) bekam der Fraktionsvorsitzende der Freien Liste Unna ([FLU](#)), [Klaus Göldner, einstimmige Unterstützung für seinen Antrag vom vergangenen Wochenende](#). Darin forderte er eine konsequent **öffentliche und transparente** Konzeptgestaltung für den Erhalt der Eissporthalle, für welchen sich beim Bürgerentscheid am 26. Mai eine deutliche Mehrheit der Wähler/innen ausgesprochen hatten.

CDU-Fraktionschef Rudolf Fröhlich, mit dem Göldner seit der Abspaltung der Freien Liste im Jahr 2013 von der CDU nicht gerade herzlich verbunden ist, zollte Göldner im Hauptausschuss öffentlich **Lob** für seinen Antrag. Derartiges kommt selten vor, ebenso wie umgekehrt Lob von Göldner an Fröhlich und eben wegen dieses seit Jahren angespannten Verhältnisses.

Lockerungsübungen hatte Fröhlich allerdings bereits am Wochenende unternommen, als er im Gespräch mit unserer Redaktion ankündigte, dass sich die CDU dem Vorschlag der FLU im vollen Umfang anschließen werde (Rundblick berichtete).

Die Leitung des nun anstehenden Eishallenerhaltungsprozesses will **Bürgermeister Kolter** persönlich einnehmen. Neben FLU und CDU haben ihm diese Führungsrolle auch seine eigenen Genossen zugedacht, was SPD-Parteichef Sebastian Laaser am Sonntag in einem Antrag ausformulierte und mit der Forderung nach einem „Bürgerdialog“ verknüpfte.

Kolter erinnerte am Donnerstag an seine Ankündigung am Abend des Bürgerentscheids und sicherte den Politikern und den anwesenden Eishallen-Rettern zu, ein tragfähiges Konzept für den Eishallenerhalt öffentlich für jeden nachvollziehbar zu entwickeln.

Also ausdrücklich nicht hinter verschlossenen Aufsichtsratsstüren der **Wirtschaftsbetriebe Unna (WBU)**, sondern für jeden Bürger zugänglich im **Haupt- und Finanzausschuss**. Dieser soll, mit dem Bürgermeister an der Spitze, zum **„Leitungsausschuss“** für die Halle werden. „Morgen findet ein erstes Aufschlagsgespräch mit der Bürgerinitiative statt“, kündigte Werner Kolter an. Daran teilnehmen werden außer ihm selbst Vertreter der WBU, Beigeordnete Kerstin Heidler und Beigeordneter Jens Toschläger.

Noch vor der Sommerpause, sprich in der Ratssitzung im Juli, soll ein Projektvorschlag auf dem Tisch liegen.

Noch geklärt werden muss die Frage, wer die Eissporthalle künftig besitzen soll:

- Weiterhin die WBU?
- Wie früher einmal die Stadt selbst?
- Oder soll sie, was die BI favorisiert, an eine **gemeinnützige GmbH** übertragen werden, aus UNNA.braucht.Eis und dem Königsborner Eishockeyclub, dem KJEC?

Letzteres wird noch entschieden.

Der **fraktionslose Ratsherr Christoph Tetzner** pochte noch einmal mit Nachdruck darauf, zugleich den zweiten Aspekt des Bürgerbegehrens anzupacken: die **Ausweisung von Wohngrundstücken** auf geeigneten an die Eishalle grenzenden Grundstücken. Dies ist Teil des Finanzierungskonzepts der Bürgerinitiative.

FDP-Fraktionsvorsitzender Günther Schmidt seinerseits hatte sich im Vorfeld öffentlich sinngemäß dahingehend geäußert: Er sei ebenfalls für hohe Transparenz, **denn der Bürger solle schon wissen, was er sich mit dem Erhalt der Eishalle eingebrockt habe.**

Diese Äußerung griff FLU-Chef Göldner mit einer verbalen Breitseite in seiner vorbereiteten Rede auf. Hier der Wortlaut:



Klaus Göldner, FLU. (Foto Rundblick-Archiv)

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich las heute, die FDP wolle unserem Antrag zustimmen. Durch die geforderte Transparenz könne der unwissende Bürger dann sehen, was er mit seiner Entscheidung für die Eishalle angerichtet hat. Hier hat jemand die Intension unseres Antrages aber gründlich missverstanden. Es geht uns ausdrücklich nicht um eine Bürgerbelehrung im Stile des Lehrer Lämpel.

Die Bürgerinnen und Bürger haben mit großer Mehrheit für den Erhalt der Eissporthalle gestimmt, obwohl eine überwältigende Mehrheit des Rates, einschließlich Bürgermeister, davon abgeraten hatte. Das mag durchaus auch etwas mit Protest und verloren gegangenen Vertrauen in Politik und Verwaltung dieser Stadt zu tun haben. Vorrangig ist aber doch der Wille unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger erkennbar, den Abbau unserer städtischen Infrastruktur zu stoppen.

In der Vergangenheit ist oftmals der Eindruck entstanden, wichtige Projekte und Entscheidungen werden hinter verschlossenen Türen vorbereitet und vorentschieden. Die geschlossene Struktur einer städtischen Gesellschaft, die mit eigener Bilanz und nicht öffentlich tagenden Entscheidungsgremien agiert, mag diesen Eindruck verstärken. Dieser Anschein muss von Anfang an vermieden werden, da alle Mitbürgerinnen und Mitbürger die Konsequenzen der Entscheidung mittragen müssen. Transparenz und öffentliche Diskussion sind nunmehr eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen dieser Gemeinschaftsaufgabe. Selbst wenn die Kosten der Sanierung den Betrag von 8,5 Mio.

Euro nicht erreichen werden, ist das Projekt von den Wirtschaftsbetrieben dieser Stadt in deren wirtschaftlicher Situation nicht zu stemmen.

Sämtliche Kosten für die Sanierung müssen jetzt von Beginn an im städtischen Kernhaushalt dargestellt und öffentlich einsehbar sein.

Ich bin davon überzeugt, dass dazu ein Nachtragshaushalt des Kämmers erforderlich sein wird. Hier wird finanzielle Kreativität erforderlich sein, wenn man die Lösung nicht ausschließlich in Steuererhöhungen suchen möchte. Natürlich reicht angesichts dieser Summen kleinteiliges Sparen an freiwilligen Ausgaben der Stadt nicht mehr aus.

Wir müssen jetzt an den Kernhaushalt und damit an die Überprüfung der Ausgaben für Pflichtaufgaben. Auch eine Neubewertung bereits beschlossener Projekte wird dabei erforderlich sein. Die Einbindung des Projektes in die bestehende Ausschussstruktur des Rates ist notwendig. Überdies sollte eine Projektgruppe gebildet werden, die öffentlich tagt und deren Leitung der Bürgermeister persönlich übernimmt. Nur so ist es möglich, dass wichtige Ansätze und Vorschläge sachverständiger Bürger frühzeitig in den Prozess eingebracht werden können. Dabei hilft nur noch der Blick nach vorn. Diskussionen über Für und Wider der Sanierung sind durch den Entscheid überflüssig geworden. Es geht jetzt nur noch um die Frage, **wie** der Wille des Bürgers umgesetzt wird.

Klaus Göldner

– FLU Fraktionsvorsitzender –